

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/17/2016

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 21.12.2016,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 18:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:08 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Uwe Gaumann

Herr Jörg Hansen

Frau Anna-Margarete Hengstler

ab 18:17 Uhr

Frau Monja Löwer

Bürgerliche Mitglieder

Herr Olaf Falke

Herr Uwe Graßau

Herr Rolf Griesenberg

i. V. f. StV Haase

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Peter Egan

bis 19:45 Uhr

Herr Peter Engel

Seniorenbeirat, öffentl. Teil

Herr Yannick Klix

Kinder- und Jugendbeirat, öffentl.
Teil

Herr Angelius Krause

Behindertenbeirat, öffentl. Teil

Frau Karen Schmick

ab 18:10 Uhr

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Peter Kania

Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer zu TOP 8

Herr Stephan Schott

Frau Stefanie Soltek

bis 20:00 Uhr

Frau Maren Uschkurat

Protokollführerin außer TOP 8

Entschuldigt fehlt

Stadtverordneter

Herr Rafael Haase

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Verpflichtung der stellvertretenden Bürgerlichen Mitglieder
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 16/2016 vom 16.11.2016
7. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2 Sonstige Berichte/ Mitteilungen
 - 7.2.1 Sitzungstermine 2017
 - 7.2.2 Finanzierung zum Stadtbusverkehr/Abrechnung des Jahres 2011
 - 7.2.3 Vergabe im Bereich der Straßenreinigung
 - 7.2.4 Baumaßnahme zur Erneuerung der Verbindungswege im Schlehentieg
 - 7.2.5 Wohnbau - Flächenpotenziale Ahrensburg Süd
 - 7.2.6 Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der S4
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 **2016/113**
- 8.1 Antrag der WAB-Fraktion zum Haushalt 2017 **AN/059/2016**
PSK 54600/0900000 - Planungskosten Fahrradparkhaus
PSK 54600/0900000 - Bau von 140 Fahrradabstellplätzen
- 8.2 Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen zum Haushalt 2017 **AN/065/2016**
PSK 54100 0900031 - Radverkehrskonzept
- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion f. d. BPA 16.11.2016 - Haushalt 2017 **AN/067/2016**
PSK 54100.0900001 - Umbau Kastanienallee
- 8.4 Antrag der WAB-Fraktion f. d. BPA - Haushalt 2017 **AN/075/2016**
PSK 54300.09000XX - Planungskosten Radweg Katzenbuckel
PSK 54300.09000XX - Fertigstellung Radweg Katzenbuckel

- | | | |
|------|---|--------------------|
| 8.5 | Antrag der SPD-Fraktion f. d. BPA - Haushalt 2017 | AN/087/2016 |
| | PSK 54100.0900001 - Erneuerung Hagener Allee | |
| | PSK 54100.0900001 - Neubau Knoten Spechtweg/ Hagener Allee | |
| | PSK 54100.0900001 - Knotenumbau Klaus-Groth-Straße/ Reeshoop | |
| 9. | Querungshilfe Kurt-Fischer-Straße | 2016/139 |
| 10. | Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes (RNVP) des Kreises Stormarn | 2016/140 |
| | - Stellungnahme im Beteiligungsverfahren | |
| | - entfällt - | |
| 11. | Parkgebührenerlass für E-Autos im Stadtgebiet | 2016/149 |
| 12. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 12.1 | Sondernutzung in der Klaus-Groth-Straße | |
| 12.2 | Reinigung der Gehwege in der Lübecker Straße | |
| 12.3 | Signalisierung der FLSA Brauner Hirsch | |
| 12.4 | Ringführung der Linie 569 | |
| 12.5 | Sanierung Eduard-Söring-Saal | |
| 12.6 | Beleuchtung Wulfsdorfer Weg | |
| 12.7 | Lichtsignalanlage Am Weinberg | |

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende Herr Möller begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. **Verpflichtung der stellvertretenden Bürgerlichen Mitglieder**

Der Vorsitzende weist noch einmal auf die Gesetzesänderung hin, nach der alle stellvertretenden Bürgerlichen Mitglieder in den Ausschüssen gemäß § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein verpflichtet werden sollen.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Cordelia Koenig durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Gerd Burmeister durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

3. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur heutigen Sitzung erfolgte fristgerecht.

4. **Einwohnerfragestunde**

Herr Siemers bittet die Verwaltung mitzuteilen, ob es schon neue Erkenntnisse hinsichtlich der Beitragsabrechnung zum Spechtweg gibt. Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass die Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen sei, jedoch nach den derzeit vorliegenden Unterlagen weiterhin davon ausgegangen wird, dass es sich bei dem Spechtweg um die erstmalige Herstellung handelt.

Auf die Nachfrage, ob der Spechtweg zum Bereich Ahrensfelde zählt, entgegnet die Verwaltung, dass dies unerheblich ist, da das Satzungsrecht immer für das gesamte Stadtgebiet Ahrensburg anzuwenden ist.

5. **Festsetzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 05.12.2016 vorgeschlagene Tagesordnung und fragt ob es Änderungswünsche gibt. Seitens eines Ausschussmitgliedes wird gebeten, den Tagesordnungspunkt „Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes“ abzusetzen, da der Plan über 100 Seiten lang ist und nicht in gedruckter Form vorlag. Die Verwaltung sichert zu, allen Fraktionen ein Exemplar zukommen zu lassen. Des Weiteren wird festgestellt, dass der Tagesordnungspunkt „Einzelbauvorhaben“ entfallen kann.

7.2.2 Finanzierung zum Stadtbusverkehr/ Abrechnung des Jahres 2011

Die Finanzierungsvereinbarungen zwischen der Stadt Ahrensburg und dem Kreis Stormarn zum ergänzenden Bedienungsangebot im Stadtverkehr Ahrensburg sehen die Zahlung eines Vergütungsentgeltes vor, in diesem ist jedoch zunächst ein Abschlag zu sehen, wobei die Endabrechnung erst Jahre später vorgenommen wird, wenn über das Abrechnungsprogramm der HVV GmbH die tatsächlichen Kosten feststehen und die komplexe Einnahmenaufteilung vorgenommen worden ist.

Während es für das Jahr 2009 zu einem Erstattungsbetrag in Höhe von 21.352,96 € kam, weist die Endabrechnung des Jahres 2010 einen geringen Nachzahlungsbetrag von 2.869,84 € auf. Die übrigen Ergebnisse lassen sich kaum vorhersagen.

Nunmehr liegt der Entwurf der Endabrechnung für das Jahr 2011 vor, der eine Restforderung des Kreises in Höhe von 35.785,64 € ausweist. Zu überweisen ist die städtische Aufwendung über das PSK 54700.5312000, in dem durch die verzögerte Umsetzung bei der optimierten Anbindung der Rosenhof-Haltestelle (Die Umstellung bei der Linie 476 kam zum 11.12.2016.) noch ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

7.2.3 Vergabe im Bereich der Straßenreinigung

Wie bereits am 02.11.2016 im BPA berichtet, wurden im Sachgebiet Straßenreinigung vordringlich und mit äußerster Priorität die öffentlichen Ausschreibungsverfahren zur maschinellen Fahrbahnreinigung und zur Kehrgutabfuhr und –aufbereitung bearbeitet. Wie zugesagt, wird nunmehr über die Ergebnisse informiert:

1. Die Straßenreinigung mit der großen Kehrmaschine wird in den Jahren 2017 bis 2019 die Fa. Dr. Schepke GmbH & Co. KG, Bad Oldesloe, ausführen. Die aus dem PSK 54500.5221000 zu vergütende Leistung liegt zwar geringfügig über den geschätzten Kosten, der im Entwurf des Haushalts 2017 gewählte Ansatz ist doch auskömmlich.
2. Das wirtschaftlichste Angebot bei der Kehrgutentsorgung in den nächsten drei Jahren unterbreitete das auch bisher für die Stadt Ahrensburg tätige Unternehmen Von Schönfels GmbH, Puttgarden/Fehmarn. Obwohl hier mit leicht anziehenden Preisen gerechnet wurde, ist der Entgeltsatz pro Tonne gleich geblieben mit der Folge, dass die Leistung bezahlt werden kann aus den vorgesehenen Hausmitteln bei PSK 54500.5221000.

Der BPA nimmt Kenntnis. Man ist sich einig, dass die Verwaltung in Kürze die Gebührennach- und -bedarfsberechnung für die kostenrechende Einrichtung der Straßenreinigung angeht.

7.2.4 Baumaßnahme zur Erneuerung der Verbindungswege im Schlehenstieg

Im Rahmen der Unterhaltungsmittel werden die jeweils separaten Geh- und Radwege in den beiden Verbindungswegen vom Schlehenstieg zum Föhrenstieg und vom Schlehenstieg zum Akazienstieg zu einstreifigen, ca. 2,50 m breiten Gehwegen (mit Freigabe f. d. Radverkehr) umgebaut. Die beschränkte verkehrliche Nutzung in Verbindung mit der Verengung der Nutzungsbreite wurde mit der Verkehrsaufsicht abgestimmt; aufgrund der verhältnismäßig geringen Frequentierung sei dies unbedenklich.

Im Zuge der Baumaßnahme erhalten die Wege außerdem auf gesamter Länge eine neue Beleuchtungsanlage nach den aktuell geltenden Richtlinien, um die derzeitige schlechte Beleuchtungssituation wesentlich zu verbessern.

Die öffentliche Ausschreibung mit Submission am 08.11.2016 umfasste im Wesentlichen den Rückbau des gepflasterten Radweges zum Föhrenstieg (*der Gehweg wurde bereits vor einigen Jahren auf einer Breite von 2,50 m erneuert und bleibt bestehen*), den Rückbau der beiden asphaltierten Wege zum Akazienstieg, die Herstellung eines neuen 2,50 m breiten Gehweges zum Akazienstieg, die Herstellung der neuen Beleuchtungsanlage mit sieben Masten und Schaltschrank sowie Erneuerungs- und Regulierungsarbeiten am vorhandenen Bestand im Wendehammer Schlehenstieg (Pflaster, Gehwegplatten und Borde).

Der Zuschlag wurde auf das wirtschaftlichste der neun eingegangenen Angebote mit einer Angebotssumme von 61.320,26 € (brutto) erteilt; Auftragnehmer ist die Firma „TuK – Tief- und Kulturbau GmbH“ aus Schwerin-Krebsförden.

Die Arbeiten vor Ort beginnen am 08.12.2016 und werden bei geeigneter Witterung voraussichtlich im Februar 2017 abgeschlossen. Zwischen Weihnachten und Neujahr finden keine Arbeiten statt; die Baustelle wird in dieser Zeit entsprechend gesichert und die Verbindungswege für den Rad- und Fußgängerverkehr freigegeben.

7.2.5 Wohnbau - Flächenpotenziale Ahrensburg Süd

Die Nachfrage eines Bürgers im Rahmen der Einwohnerfragestunde der BPA-Sitzung am 02.11.2016 bezog sich auf die in der Presse dargestellte Erhöhung der WE-Anzahl im Süden der Stadt von 514 WE auf 951 WE (siehe Tabelle 1).

Der Vergleich der beiden Entwurfsstände vom März 2015 und Oktober 2016 (Offenlage) ergab folgende Veränderungen der Wohnbaupotenziale.

→ Tabellarische Darstellung aller Wohnbaupotenziale:

	Größe in ha (2015)	Größe in ha (2016)	WE/ha (2015)	WE/ha (2016)	Summe WE (2015)	Summe WE (2016)
Östlich Ginsterweg	5,3	5,0	15	25	80	125
Spechtweg/ Brauner Hirsch/ Hagener Allee	8,5	8,5	40	50	240	425
Östlich Starweg	3,7	6,5	15	50	56	325
Kleingartenverein Reeshoop	2,7	3,3	80	80	216	264
Östlich Vogelsang	2,5	2,5	15	20	38	50
Gewerbegebiet West (Robo-Werk)	0,7	0,7	80	80	56	56
Fannyhöh	0,6	0,6	40	40	24	24
Gelände Firma Schacht	1,8	1,8	40	40	72	72
Westlich Großhansdorf	8,9	-	40	-	356	356
Rosenweg/ Bünningstedter Str.	-	2,7	-	40	-	108
Up'n Barg/ Ahrensfelde	-	1,8	-	25	-	45
GESAMT/Durchschnitt	38,6	35,1	41	49	1581	1494

Quelle: Begründung FNP, Stand **März 2015** sowie Begründung, Stand **Oktober 2016**

~~Westlich~~ = Fläche weggefallen

Rosenweg = Fläche neu hinzugekommen

264 = deutliche Erhöhung der Anzahl der WE

→ Tabellarische, vergleichende Darstellung der **Wohnbaupotenziale im Süden** von 2015 und 2016:

	ha (2015)	ha (2016)	WE/ha (2015)	WE/ha (2016)	WE (2015)	WE(2016)
Östlich Gins- terweg	5,3	5,0	15	25	80	125
Spechtweg/ Brauner Hirsch/ Hagener Allee	8,5	8,5	40	50	240	425
Östlich Starweg	3,7	6,5	15	50	56	325
Östlich Vogelsang	2,5	2,5	15	20	38	50
Westlich Großhansdorf	8,9	-	40	-	356	-
Up'n Barg Ahrensfelde	-	1,8	-	25	-	45
					(514 ohne Fläche west- lich Groß- hansdorf)	
	28,9	24,3	25	34	870	970

Fazit: Aufgrund des Wegfalls der Potenzialfläche westlich von Großhansdorf mussten für die Deckung des Bedarfs an Wohnraum eine Fläche hinzugenommen werden und andere Potenzialflächen im Süden Ahrensburgs verdichtet bzw. vergrößert werden.

7.2.6 Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der S4

Die Verwaltung berichtet, dass Anfang Dezember ein Termin mit der DB Netz AG zum Thema „Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der S4“ stattgefunden hat. Das Protokoll dieses Gesprächs wird der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Ein Ausschussmitglied kritisiert, dass der Bürgermeister sich dafür ausgesprochen hat, ggf. die Gleise tiefer zu legen. Dem entgegnet der Bürgermeister, dass er dies gemacht habe, um die Verhandlungspositionen der Stadt Ahrensburg zu verbessern. Ziel sollte es sein, nicht einfach nur den kostengünstigsten Schallschutz zu bekommen, sondern auch Lärmschutzmaßnahmen, die dem Städtebau gerecht werden. Ggf. sollte seitens der Politik in Erwägung gezogen werden, sich an weniger das Ortsbild schädigende Lärmschutzmaßnahmen zu beteiligen. Die Politik nimmt dies positiv zur Kenntnis.

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

AN/059/2016

- 8.1 Antrag der WAB-Fraktion - Haushalt 2017**
PSK 54600/0900000 - Planungskosten Fahrradparkhaus
PSK 54600/0900000 - Bau von 140 Fahrradabstellplätzen

AN/065/2016

- 8.2 Antrag von Bündnis 90/ Die Grünen - Haushalt 2017**
PSK 54100 0900031 - Radverkehrskonzept

AN/067/2016

- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion f. d. BPA 16.11.2016 - Haushalt 2017**
PSK 54100.0900001 - Umbau Kastanienallee

AN/075/2016

- 8.4 Antrag der WAB-Fraktion f. d. BPA - Haushalt 2017**
PSK 54300.09000XX - Planungskosten Radweg Katzenbuckel
PSK 54300.09000XX - Fertigstellung Radweg Katzenbuckel

AN/087/2016

- 8.5 Antrag der SPD-Fraktion f. d. BPA - Haushalt 2017**
PSK 54100.0900001 - Erneuerung Hagener Allee
PSK 54100.0900001 - Neubau Knoten Spechtweg/ Hagener Allee
PSK 54100.0900001 - Knotenumbau Klaus-Groth-Straße/ Reeshoop

Es wird Bezug genommen auf

- die 1. Lesung im BPA am 02.11.2016 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 15/2016; TOP 9)
- die 2. Lesung im BPA am 16.11.2016 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 16/2016; TOP 12)
- die 2. Änderungsliste zum Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2017, die sich derzeit in der Überarbeitung befindet, und
- die darüber hinausgehenden Anträge und Anregungen.

Sodann werden folgende Haushaltspositionen in der Reihenfolge des Antragseingangs thematisiert:

Seite 76, PSK 54600.0900000, Projekt 115, Planungskosten für ein Fahrradparkhaus und

Seite 76, PSK 54600.0900000, Bau von Fahrradabstellplätzen im Umfeld des Bahnhofes Ahrensburg gemäß Antrag AN/059/2016

Nachdem ein Mitglied der WAB-Fraktion den Antrag nochmals begründet und insbesondere betont hat, dass es im Umfeld des Bahnhofes Ahrensburg einen verstärkten Bedarf nach geeigneten Fahrradabstellmöglichkeiten gibt und trotzdem etwa die Bügel an der Buskehre in der Bahnhofstraße kaum angenommen werden, stellt der Vorsitzende für die SPD-Fraktion den Änderungsantrag, die 100.000 € zu investieren in den Bau von überdachten Fahrradabstellplätzen und infolgedessen zugunsten der Qualität die Zahl zusätzlicher Abstellmöglichkeiten zu reduzieren.

Allgemein vertritt der BPA die Auffassung, das Thema anzugehen und in erster Linie auf das zurzeit noch verpachtete Grundstück an der Ladestraße zurückzugreifen, das im Gegensatz zum Bereich des Bahnhofsvorplatzes nicht im Untersuchungsgebiet der Städtebauförderung liegt.

Im Laufe der Diskussion stellt sich heraus, dass mehrere Fraktionen ein Problem haben mit dem Deckungsvorschlag, da die Planung des Fahrradparkhauses möglichst unverzüglich nach Verabschiedung der Sanierungssatzung in Angriff genommen werden sollte. In diesem Zusammenhang erneuert der Behindertenbeirat den Wunsch, dort ein Behinderten-WC zu integrieren.

Nachdem die Idee aus der ARGE Radverkehr erwähnt worden ist, zwischenzeitlich die unterste Ebene der P + R-Anlage Alter Lokschuppen zum Abstellen von Fahrrädern zu nutzen, wird die Verwaltung gebeten, die Ergebnisse bzw. Protokolle der ARGE Radverkehr stets im BPA bekanntzugeben.

Sodann wird über den Antrag AN/059/2016 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion abgestimmt, soweit es um die zusätzliche Bereitstellung der 100.000 € für den Bau von überdachten Fahrradabstellanlagen geht.

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür (SPD, WAB, Grüne, FDP)
3 Enthaltungen (CDU)**

Sodann wird über den im Antrag AN/059/2016 erwähnten Deckungsvorschlag abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 7 dagegen (CDU, SPD, WAB, Grüne, FDP)
2 Enthaltungen (SPD, Grüne)**

Seite 74, PSK 54100.0900031, Umsetzung des Radverkehrskonzeptes/Baukosten gemäß Antrag AN/065/2016

Nach kurzer Erläuterung wird über den Antrag wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür (SPD, WAB, Grüne, FDP)
3 Enthaltungen (CDU)**

Seite 74, PSK 54100.0900001, Projekt 205, Umbau Kastanienallee gemäß Antrag AN/067/2016

Die Verwaltung gibt den Inhalt des nachfolgend abgedruckten Vermerks vom 01.12.2016 bekannt:

Am 26.09.2016 wurde das Bebauungsplanverfahren für den Bebauungsplan Nr. 86 „Kastanienallee“ der Stadt Ahrensburg mit dem Aufstellungsbeschluss begonnen.

Aufgrund des städtebaulichen Konzeptes und des erhöhten Verkehrsaufkommens wird im Zuge der Planung ein Umbau des Zufahrtbereiches von der Bahntrasse in die Kastanienallee und die Verlegung bzw. Umlegung der für das Vorhaben nötigen Versorgungsleitungen nötig.

Nach dem aktuellen Haushaltsentwurf ist die Baumaßnahme auf die Jahre 2017 und 2018 verteilt. Die Zeitplanung für das Bebauungsplanverfahren rechnet mit einem Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 86 im 1. Quartal 2018. Hiermit wäre der Stand nach § 33 BauGB erreicht. Ist die Erschließung zu diesem Zeitpunkt bereits gesichert, kann zu diesem Zeitpunkt die Baugenehmigung seitens der Verwaltung erteilt werden.

Eine gesicherte Erschließung bedeutet in diesem Fall, dass der Auftrag für den Straßenbau wurde seitens des Fachdienstes IV.3 erteilt wurde und somit auch finanzielle der Bau dieser Straße abgesichert ist. Eine Erteilung dieses Auftrags setzt aber voraus, dass ab Mitte 2017 die Ausschreibung vorbereitet werden kann. Die Entwurfsplanung sowie die Leistungsverzeichnisse müssen vorbereitet und erarbeitet werden. Anfang 2018 kann mit Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Nr. 86 die Ausschreibung erfolgen und anschließend der Auftrag erteilt werden.

Die Verwaltung empfiehlt daher, für das Haushaltsjahr 2017 mind. 50.000 € Planungskosten im Haushalt bereitzustellen, um die nötigen Mittel für Planungskosten bereitzustellen. Wird wie im Antrag AN/067/2016 der Haushaltsansatz auf 0 € gesetzt, können die nötigen Vorplanungen erst in 2018 erfolgen.

Umbau Kastanienallee, Projekt-Nr. 205 54100.0900001	2017	2018
Variante gemäß Antrag 067/2016	0 €	475.000 €
Empfehlung der Verwaltung	50.000 € + VE über 425.000 €	425.000 €

Variante A: Zeitlicher Ablauf bei Beschluss des Antrages AN/067/2016:

- 1. Quartal 2018: Vorbereitung der Ausschreibung und Entwurfsplanung
- 2. Quartal 2018: Ausschreibung
- 3. Quartal 2018: Beauftragung und Baubeginn → Baugenehmigung für den Hochbau kann erteilt werden

Variante B: Zeitlicher Ablauf bei Bereitstellung von 50.000 € Planungsgelder:

- 3./4. Quartal 2017: Vorbereitung der Ausschreibung und Entwurfsplanung
- Anfang 2018: Ausschreibung
- Ende 1. Quartal 2018: Baubeginn → Baugenehmigung für den Hochbau kann erteilt werden

Ziel der Stadt Ahrensburg ist es, möglichst bald sozial geförderten Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Durch den Beschluss der Variante A einen Haushaltsansatz von 0€ für das Haushaltsjahr 2017 würde sich der Baubeginn an der Kastanienallee um ca. ein halbes Jahr verzögern, da in diesem Fall die Erteilung einer Baugenehmigung mit der Erteilung der Aufträge für den Straßenbau eng zusammenhängt.

Bis dato ist der Stand der Verhandlungen so, dass die Stadt ein voll erschlossenes Grundstück verkauft. Somit liegen die Kosten für den Straßenbau und die Erschließung bei der Stadt. Eine Refinanzierung ist nicht zu erwarten.

Aus diesem Grund empfiehlt die Verwaltung den Beschluss der Variante.

Auf Nachfrage wird klargestellt, dass im Endeffekt gegenüber dem Haushaltsentwurf im Jahr 2017 225.000 € eingespart werden, wobei die Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Jahres 2018 um denselben Betrag erhöht wird.

Die Vertreter der CDU-Fraktion erklären, den Antrag AN/067/2016 zurückzuziehen und stattdessen den Vorschlag der Verwaltung als eigenen Antrag zu übernehmen.

Sodann wird über den modifizierten Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Seite 74, PSK 54100.0900032, Veloroute Katzenbuckel/Planungs- (2017) und Baukosten (2018) gemäß Antrag AN/075/2016

Die WAB-Fraktion erläutert nochmals die Intension ihres Antrages und begründet ihren Antrag, den genannten Teil der Veloroute weiter zu optimieren und so für eine attraktive, durchgängige Radwegeverbindung zu sorgen.

Der Antrag wird unterstützt vom Kinder- und Jugendbeirat, der insbesondere die Bedeutung dieser Radwegeverbindung als Schulweg aus den westlichen Siedlungsgebieten zur Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule und zum Schulzentrum Am Heimgarten betont. Während sich die Abschnitte des Katzenbuckels südlich der Querung Am Neuen Teich/ Richard-Dehmel-Straße noch in einem guten Zustand befinden, lässt die Qualität zwischen der Theodor-Storm-Stieg und Wulfsdorfer Weg auch angesichts der Beschädigungen durch den Baustellenverkehr während des schon einige Jahre zurückliegenden Turnhallenbaus zu wünschen übrig.

Bemerkt wird von Sitzungsteilnehmern, dass dieser Antrag keinen Deckungsvorschlag umfasst. Wie man feststellt, hält sich die Auswirkung der im Haushaltsjahr 2017 eingeplanten Mittel in Höhe von 25.000 € auf das Ziel des Haushaltsausgleichs jedoch begrenzt. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Änderungsliste zu prüfen, ob und ggf. wo eine entsprechende Investitionssumme eingespart werden kann.

Auf Nachfrage von Ausschussmitgliedern hält der Fachdienst Straßenwesen die gewählten Ansätze für die Planung und den Bau des nördlichen Abschnittes Katzenbuckel für realistisch.

Vertreter der CDU-Fraktion betonen, dass dieses Projekt zwar wünschenswert, aber insgesamt nur schwer finanzierbar sein dürfte, zumal dieses in Konkurrenz stehen dürfte zu den Straßenbauprojekten wie etwa in der Hagener Allee (vgl. Antrag AN/087/2016).

Sodann wird über den Antrag wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 6 dafür (SPD, WAB, Grüne, FDP)
3 Enthaltungen (CDU)**

Seite 74, PSK 54100.0900018 (ehemalige Bezeichnung), Erneuerung Hagener Allee (Starweg bis Spechtweg) gemäß Antrag AN/087/2016 (1. Teil)

Seite 74, PSK 54100.0900019 (neu), Neubau Knoten Spechtweg/ Hagener Allee – Kreisverkehr gemäß Antrag AN/087/2016 (2. Teil)

Seite 74, PSK 54100.0900001, Projekt 214, Knotenumbau Klaus-Groth-Straße/ Reeshoop gemäß Antrag AN/087/2016 (3. Teil)

Seite 206, PSK 54100.5221000, Gemeindestraßen/ laufende Unterhaltung und Deckenerneuerungen gemäß Antrag AN/085/2016 (4. Teil)

Zu Beginn der Beratung passt der Antragsteller im ersten Teil des Antrages die benötigten Mittel im Jahr 2019 auf 1 Mio. € an, da die älteren Haushaltsberatungen entnommenen Mittelansätze für die Hagener Allee mit umfassten den Umbau des Knotens Spechtweg/ Hagener Allee, der im zweiten Teil des Antrages gesondert ausgewiesen worden ist.

In der Erläuterung des Antrages verweist der Vorsitzende auf die Sitzungsvorlagen Nr. 2016/054 über das Infrastrukturvermögen der Stadt Ahrensburg und die dort gewonnenen Erkenntnisse, das sich mangels Instandhaltungs- und Erneuerungsprojekten ein Sanierungsstau ergibt, einhergehend mit einer Abnahme des städtischen Vermögens.

Der Gesamtantrag sei ein politisches Statement, das Gesamtproblem anzugehen und muss im Zusammenhang gesehen werden mit den Anträgen zur Gewerbesteuer und zum Stellenplan, die allerdings in die Zuständigkeit anderer Ausschüsse fallen. Betont wird der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Steuereinnahmen und dem aufgezeigten dringenden Handlungsbedarf im Bereich des Straßenwesens.

Wie die Verwaltung anmerkt, werden die Beschäftigten im Bereich des Straßenwesens in den kommenden Jahren verstärkt beteiligt bei den Projekten der Städtebauförderung und der S4; unabhängig von der Schaffung einer neuen Planstellen wird angezweifelt, dass die zusätzliche 1 Mio. € für die Erneuerung von Fahrbahndecken im Haushaltsjahr 2017 umgesetzt werden kann. Ein Bedarf wird insbesondere gesehen bei der Grundsanierung von Straßen, wie z. B. der Hagener Allee, deren Unterbau nicht mehr tragfähig ist und insofern auch mit neu hergestellt werden muss.

Auf Nachfrage einzelner Ausschusssmitglieder wird festgestellt, dass im Zusammenhang mit dem Beschluss über das Ausbauprogramm des Spechtweges die Errichtung der Kreisverkehrsanlage zwar nicht beschlossen, eine zeitnahe Realisierung jedoch für sinnvoll erachtet wurde.

Mehrere Sitzungsteilnehmer begrüßen die Initiative, die Grundzüge des Gutachtens zur Infrastruktur zu beachten und in Zukunft vorausschauender zu investieren. Betont wird, dass es künftig nicht bei der Ausarbeitung von Planungen belassen werden darf und insofern die Planungsmittel im unmittelbaren Zusammenhang mit den tatsächlichen Investitionen stehen.

Einige Ausschusssmitglieder zeigen sich irritiert über die größeren haushaltsmäßigen Auswirkungen der Änderungsanträge und stellen fest, dass die Verwaltung dieses von der SPD-Fraktion favorisierte Lösungsverfahren trotz Kenntnis des im Mai 2016 vorliegenden Gutachtens bei der Vorlage des Haushaltsentwurfes nicht gewählt habe.

Der Ansatz, die Gesamtinitiative miteinander zu verbinden, indem über den Antrag AN/087/2016 unter der Bedingung einer entsprechenden Entscheidung über den Stellenplan und die Steuerhebesätze abgestimmt wird, wird verworfen. In diesem Zusammenhang erinnern Ausschusssmitglieder an den noch ausstehenden Verwaltungsvorschlag zur Realisierung einer entsprechenden Quote für den sozialen Wohnraum bei größeren Bauprojekten, der seinerzeit kurzfristig zugesagt wurde.

Nachdem abschließend auf das weiterhin bestehende strukturelle Defizit in der Haushaltsplanung hingewiesen worden ist und künftig das Ziel angestrebt werden soll, zum Erhalt des Infrastrukturvermögens im Haushalt ein näher festzulegendes fixes Budget bereitzustellen, kommt man überein, über die vier Teile des Antrages getrennt abzustimmen.

1. Teil, Hagener Allee, modifiziert

Abstimmungsergebnis: 5 dafür (SPD, WAB, Grüne)
3 dagegen (CDU)
1 Enthaltung (FDP)

2. Teil, Knoten Spechtweg/ Hagener Allee

Abstimmungsergebnis: 8 dafür (SPD, WAB, Grüne, FDP, CDU)
1 dagegen (CDU)

3. Teil, Knoten Klaus-Groth-Straße/ Reeshoop

Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD)
7 dagegen (CDU, WAB, Grüne, FDP)

4. Teil, Deckenerneuerungen

Abstimmungsergebnis: 2 dafür (SPD)
6 dagegen (CDU, Grüne, FDP)
1 Enthaltung (WAB)

Anschließend werden darüber hinausgehende Anpassungen angesprochen:

Seite 75, PSK 54300.0453000, Lichtsignalanlagen Manhagener Allee

Auf Vorschlag der Verwaltung sollen die Ansätze für die Jahre 2017 und 2018 getauscht werden, da die günstigere Installation an der Einmündung Christel-Schmidt-Allee vorgezogen und die Erneuerung der Lichtsignalanlage Manhagener Allee/Am Aalfang wegen der in der ARGE Radverkehr aufgeworfenen Fragen und anstehenden Prüfungen – insbesondere wegen der Radwegführung in Richtung Großhansdorf – ins Jahr 2018 verschoben werden soll.

Seite 195, PSK 51100.5431010, Planungsmittel für den Nachweis zur Gewährleistung der Löschwasserversorgung

Der Planungsansatz von 60.000 € wird in die speziellen Geschäftsaufwendungen für die Bauleitplanung integriert.

Der BPA vollzieht die Aufnahme dieser beiden vorstehenden Änderungen in die in Kürze erscheinenden 3. Änderungsliste zum Haushalt nach und trägt diese mit.

Letztlich stimmt der Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend beschlossenen Empfehlungen über den **Beschlussvorschlag** hinsichtlich seines Budgets ab.

Abstimmungsergebnis: 6 dafür (CDU, SPD, WAB, Grüne)
1 dagegen (CDU)
2 Enthaltungen (CDU, FDP)

9. Querungshilfe Kurt-Fischer-Straße

Ein Vortrag mittels einer Folienpräsentation wird seitens der Politik nicht gewünscht. Die Verwaltung zeigt jedoch noch einmal die Historie der Querungshilfe an der Bushaltestelle auf. Den Stormarner Werkstätten ist die Planung grundsätzlich bekannt. Der Behindertenbeirat bedankt sich bei der Verwaltung, dass er von Anfang an in die Planung involviert wurde. Seitens des Behindertenbeirates wird dennoch weiter gewünscht, dass eine Lichtsignalanlage aufgestellt wird.

Sofern die jetzige Querungshilfe keinen Erfolg bringt, ist das Nachrüsten jederzeit möglich. Von einer Lichtsignalanlage wird jedoch wegen dem möglichen Rückstau zunächst abgesehen. Die Ausschussmitglieder befürworten dieses Vorgehen und stimmen über die Vorlage wie folgt ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes (RNVP) des Kreises Stormarn
- Stellungnahme im Beteiligungsverfahren
- *entfällt* -

12. Anfragen, Anregungen, Hinweise

12.1 Sondernutzung in der Klaus-Groth-Straße

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes berichtet die Verwaltung, dass die Sondernutzungsgenehmigung für die Gastronomie sehr kurzfristig erteilt wurde, da der Antrag erst zwei Tage vor Beginn der Nutzung gestellt wurde. Grundsätzlich wird seitens der Verwaltung begrüßt, dass die Klaus-Groth-Straße durch Sondernutzungen belebt wird, sichert jedoch zu, zukünftig auf die Freihaltung der Stadtwappen zu achten. Seitens eines weiteren Ausschussmitgliedes wird die Bitte vorgetragen, die Wappen mal gründlich reinigen zu lassen.

12.2 Reinigung der Gehwege in der Lübecker Straße

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird berichtet, dass die Gehwege im Bereich der Lübecker Straße deutlich besser als früher gereinigt werden und spricht sein Lob hierfür aus.

12.3 Signalisierung der FLSA Brauner Hirsch

Hinsichtlich der Änderung der Signalisierung der Fußgängerlichtsignalanlage Brauner Hirsch berichtet die Verwaltung, dass dies eine Forderung von der Polizei war und im Rahmen der Abwägung die Verkehrssicherheit vor dem Lärmaktionsplan einzustufen ist.

12.4 Ringführung der Linie 569

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die Ringführung der Linie 569 wieder im Uhrzeigersinn fährt. Das Argument des Kreises und der Verkehrsbetriebe ist, dass beim Linksabbiegen in die Lübecker Straße ein bis zwei Minuten Verlust auftreten. Die Verwaltung hat lange dafür gekämpft, dass die Ringführung nicht im Uhrzeigersinn geführt wird, hatte bisher jedoch keinen Erfolg. Bestätigt wird, dass die Fahrgastunterstände nun auf der verkehrten Seite stehen, eine theoretische Umsetzung ist nur bei zwei Haltestellen möglich, da die Nebenanlagen bei den anderen Haltestellen zu schmal sind.

Die Politik spricht sich einstimmig dafür aus, dass die Verwaltung ermächtigt wird, noch einmal Druck auf die Verkehrsbetriebe bzw. den Kreis auszuüben.

Seitens des Behindertenbeirates wird betont, dass die Bewohner des Rosenhofes nun vermehrt die Linie 476 nutzen.

12.5 Sanierung Eduard-Söring-Saal

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Sanierung des Eduard-Söring-Saals und gibt den Hinweis, dass auf jeden Fall ein Akustiker zu beteiligen ist, da es sich hierbei um einen besonderen auditiven Saal handelt. Der Bürgermeister sichert zu, dass dies bereits berücksichtigt wurde.

12.6 Beleuchtung Wulfsdorfer Weg

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass der Wulfsdorfer Weg in dem Abschnitt Fritz-Reuter-Straße bis Rantzaustraße sehr schlecht beleuchtet ist, dies liegt jedoch teilweise auch daran, dass die Beleuchtung auf der falschen Straßenseite steht. Hierzu berichtet die Verwaltung, dass dies bekannt sei und eine komplette Erneuerung der Beleuchtungsanlage notwendig sei und in diesem Zuge auch ggf. weitere Masten zur Verbesserung der Beleuchtung aufgestellt werden würden.

12.7 Lichtsignalanlage Am Weinberg

Eine Stadtverordnete bittet darum, die dauerhafte Rotlichtsignalisierung Am Weinberg abzuschalten, da diese als störend empfunden wird. Dem entgegnet die Verwaltung, dass dies aus verkehrsrechtlicher Sicht nicht zu befürworten ist.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun

Maren Uschkurat
Protokollführerin